

## WORTEN MÜSSEN AUCH TATEN FOLGEN!

In seinem Artikel „Mehr Platz für Europa“ vom 05.11.2020 listet Johannes Leithäuser auf, wie viele deutsche Spitzenpolitiker quer durch die Parteien sich angesichts des knappen Ausgangs der US-Präsidentenwahl für eine Stärkung Europas im Sinne einer stärkeren Entfaltung der eigenen Kraft ausgesprochen haben.



Zu Recht wurde Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer in diesem Zusammenhang mit dem Aufruf zitiert, dass Deutschland vor allem auch mehr Geld für Sicherheit und Verteidigung ausgeben müsse. Zwar hat die NATO ihre Ausgaben über die letzten Jahre bereits gesteigert. Doch von den knapp 1.092 Mrd. US-Dollar betragenden Ausgaben steuern die USA etwas mehr als 70 %, Kanada und Europa den Rest, dabei Deutschland etwa 5 % bei. Im Schnitt wenden Kanada und die europäischen NATO-Mitglieder jeweils 1,78 % ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung auf; in Deutschland sind es angesichts des Covid-19-bedingten BIP-Rückgangs aktuell 1,57 %. Ziel bis 2024 bleibt jedoch die der NATO gegenüber mehrfach zugesagte Marke von 2 % des BIP für Verteidigung, davon wiederum 20 % für Ausrüstung. Hiervon sind wir in Deutschland also immer noch weit entfernt, obwohl die Bundeswehr selbst diese Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach eigenem Bekunden dringend bräuchte. Aber – so Reinhard Veser in einem Kommentar ebenfalls in der FAZ vom 05.11.2020 – „die Europäer stehen sich selbst im Weg“. Der Unwille Wohlmeinender, auch in das Militär zu investieren, sei nur eines der Hemmnisse – so Veser –, denn hinzukomme, dass auch in Europa jene „zerstörerische Kraft“ wüte, die Amerikas Demokratie bereits jetzt gefährde (gemeint sind Bewegungen in Ungarn und Polen).

Dazu passt eine im September 2020 veröffentlichte SWP-Studie von Eckhard Lübckemeier unter dem Titel „Europa schaffen mit eigenen Waffen? - Chancen und Risiken europäischer Selbstverteidigung“. Hier wird zunächst die Situation Europas im Angesicht einer drohenden Abschwächung des bisherigen Bündnis-Engagements der USA, gespiegelt am Erstarren Chinas

und der Frage eines europäischen Vasallentums bzw. einer eigenständigen Rolle als dritte Macht diskutiert. Die Schlussfolgerung lautet: „Europa wird aufgrund seiner gemeinsamen Geschichte und kongruenter Werte und Interessen eher zu Washington als zu Peking neigen. Aber nur, wenn das auf der Grundlage einer symmetrischen Partnerschaft geschieht, kann Europa sicher sein, nicht zu Gefolgschaft genötigt zu werden. Solange Europa sich nicht selbst verteidigen kann, hat es diese Gewissheit nicht“.

In Analogie zum Zustandekommen des Euro mahnt die SWP-Studie eine klare Führung an, vor allem durch Deutschland und Frankreich, wenn Europa den Weg in Richtung eigener Selbstverteidigungsfähigkeit erfolgreich gehen soll. Auch wird die Unsicherheit der nuklearen Abschreckungsfähigkeit zu recht breit diskutiert. Insgesamt jedoch kommt die Studie zu dem Schluss, dass der Weg zu mehr Eigenständigkeit Europas vor allem und an erster Stelle einen eindeutigen politischen Willen voraussetzt, getragen von einer entsprechenden mehrheitlichen Grundhaltung in der Bevölkerung. Bisherige Umfragen scheinen dies jedoch nicht unbedingt zu unterstützen, so dass es umso mehr von der Entschlossenheit der Bundesregierung, und zwar auch der im Jahr 2021 zu wählenden Regierung abhängen wird, ob dem Ruf nach einer eigenständigen Rolle Europas im Bereich Sicherheit und Verteidigung auch Taten folgen. Die politischen Weichen für das insoweit entscheidende Wahljahr 2021 müssen jedoch jetzt gestellt werden. Das heißt, dass es schon jetzt nicht nur bei wohlklingenden Worten bleiben darf, wenn eine neue Bundesregierung Ende 2021 die nötigen Verpflichtungen eingehen soll und muss.



Dr. Hans Christoph Atzpodien  
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie  
e.V. (BDSV), Berlin  
Berlin, den 05.11.2020